5. Jahrg. Nr. 156

Einzelpreis 600 M.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Anzeigenpreise: Die 9gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 400.— Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 150.— Mk. Kleine Anzeigen per Wort 25.— Mk. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 4gespalten oder deren Raum im Text 900.— Mk.

Sonnabend, den 7. Juli 1923.

Bezugspreis: Durch Austräger 3000.— Mk. pro Woche. Durch die Post 6600.— Mk. pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages für Monat Juli. Redaktion und Expedition Breslau, Trebnitzerstraße 50. — Postscheckkonto: Breslau Nr. 310 50. — Fernsprecher: Breslau, Ring 6887.

Die Erfassung der Sachwerte

Eine Gesetzesvorlage der Kommunistischen Partei

Eine Kampfplattform der Massen

In der Sozialdemokratie und im ADGB. schweigen heute alle Flöten von der Sachwerterfassung, deren Erkämpfung die Instanzen so oft und so feierlich geschworen hatten. Das geschieht, obwohl das Schwerindustrieprogramm der Aufbringung der Reparationen durch einen Riesenraubzug an der werktätigen Bevölkerung und durch Niederwerfung der letzten Schranken gegen fesselnde kapitalistische Ausbeutung über dem Haupt aller Hand- und Kopfarbeiter schwebt. Das geschieht, obwohl mit der steigenden Geldentwertung die Steuerbelastung der schaffenden Massen und das Privileg der Steuerfreiheit der großen Geldsäcke immer skandalöser wird. Das geschieht, obwohl die sich überstürzenden Teuerungswellen, die in den Abgrund stürzende Mark eine sofortige grundlegende Umgestaltung der gesamten Steuer- Finanz- und Wirtschaftspolitik gemäß den Interessen der Werktätigen gebieterisch erfordern.

Die Erfassung der Sachwerte und in Verbindung damit die Kontrolle der Produktion, die Zwangssyndizierung, das Außenhandelsmonopol, die zentrale Devisenverwaltung, nicht als bürokratische Maßregeln, sondern durchgeführt von proletarischen Organen, sind durch die furchtbare Lage des Proletariats auf die Tagesordnung gestellt.

Und die Sozialdemokratie und der ADGB. haben den von ihnen selbst als unumgänglich anerkannten Ausweg, die Erfassung der Sachwerte — einfach vergessen ...!

Jetzt oder nie muß ein breiter Kampf um die Erfassung der Sachwerte aufgenommen werden!

Als Plattform für diesen Kampf hat die Kommunistische Partei einen **Gesetzentwurf über die Erfassung der Sachwerte** im Reichstag eingebracht.

Hier ist Rhodus, hier muß getanzt werden! Natürlich nicht nur parlamentarisch!

Nur der Druck der Massen wird vermögen, die Sachwerterfassung im proletarischen Sinne durchzusetzen.

Arbeiter, Angestellte, Beamte, kleine Leute: nehmt überall Stellung!

Hier ist eine Plattform des schaffenden Volkes aufgestellt. Jetzt gilt es, die Werktätigen über alle Partei- und Organisationsschranken hinweg zum Kampf dafür zu vereinigen und in diesem Kampf die **Grundlage für die Reichsarbeiterregierung zu legen.**

Mit dem Kampf um die Erhöhung der Reallöhne muß der Kampf um die Erfassung der Sachwerte Hand in Hand gehen.

•

Zur Sachwerterfassung

hat die **Kommunistische Fraktion** im Reichstag folgenden Antrag eingebracht, der bei der Steuerdebatte noch vor den Sommerferien das Parlament beschäftigen wird:

Der Reichstag wolle beschließen:

dem nachstehenden Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen:

Entwurf eines Gesetzes über die Erfassung der Sachwerte durch das Reich.

Artikel I.

Zweck des Gesetzes.

§ 1.

Um der werktätigen Bevölkerung und der auf sie zu stützenden Staatsgewalt den entscheidenden Einfluß auf die Produktion und die Erträge, die Regelung der Ein- und Ausfuhr und der Güterverteilung zu sichern, sowie zur Beschaffung der erforderlichen Mittel zur wirksamen Bekämpfung der katastrophalen Verelendung der werktätigen Bevölkerung, zur Entlastung der werktätigen Verbraucher von den drückenden Verbrauchs- und Verkehrssteuern, zur Sicherung der deutschen Währung vor weiterem Zerfall zur Verhinderung von Kapitalsverschiebungen und der Auslieferung deutscher Unternehmungen an ausländische Kapitalisten, sowie für erzwungene Reparationslasten wird dem Reiche an allen gewinnbringenden Zwecken dienenden Unternehmungen ein Miteigentumsrecht von mindestens 51 Prozent eingeräumt.

Artikel II.

Beteiligung des Reiches an gewinnbringenden Betrieben.

§ 2.

Das Miteigentumsrecht des Reiches besteht in allen Unternehmungen:

a) in Industrie, Gewerbe und Handel, soweit die Unternehmungen im Durchschnitt des Jahres mehr als 50 Arbeiter und Angestellte beschäftigen, oder ihr Gesamtwert (die Summe der Verkaufswerte der einzelnen Bestandteile oder der Verkaufswert der ganzen Unternehmung) mehr als 100 000 Mark Goldmark beträgt;

b) an allen Kreditunternehmungen, die gewinnbringenden Zwecken dienen;

c) in der Land- und Forstwirtschaft an den Betrieben und dem einer physischen und juristischen Person gehörenden Grundbesitz mit mehr als 100 Hektar landwirtschaftlich oder mit mehr als 50 Hektar forstwirtschaftlich nutzbarer Fläche, und an den solchen land- oder forstwirtschaftlichen Unternehmungen zugehörigen industriellen Nebenbetrieben.

Das so entstehende Miteigentumsrecht des Reiches an Grundstücken ist in jedem Falle ins Grundbuch einzutragen.

§ 3.

Unter die Bestimmungen des § 2 fallen nicht:

a) die ausschließlich dem Reiche, den Ländern, Kommunalverbänden und Kommunen gehörigen Unternehmungen;

b) die Unternehmungen kleinbäuerlicher und gewerblicher Genossenschaften, der Konsumvereine, ihrer Revisionsverbände und ihrer zentralen Einkaufsorganisationen, sowie die gemeinnützigen Baugenossenschaften.

Für Unternehmungen, deren Gewinn ausschließlich gemeinnützigen Zwecken dient, können auf Antrag des Betriebsrats solcher Unternehmungen Ausnahmen bewilligt werden.

§ 4.

Alle am Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes bestehenden Aktiengesellschaften, die unter die Bestimmungen des § 2 fallen, haben 51 Prozent ihres Gesamtaktienkapitals, ohne Rücksicht auf das etwaige Vorhandensein verschiedener Arten von Aktien, Anteilen oder Genußscheinen, dem Reiche mit allen Rechten als Ausdruck seines Miteigentums zu übereignen. Unternehmungen, die unter die Bestimmungen des § 2, Absatz a und b fallen und nicht die Form von Aktiengesellschaften haben, sind innerhalb eines Vierteljahres nach Inkrafttreten dieses Gesetzes in Aktiengesellschaften umzuwandeln. Bei der Umwandlung sind 51 Prozent aller Anteile dem Reiche mit allen Rechten zu übereignen.

Artikel III.

Errichtung von Zwangssyndikaten.

§ 5.

Für jeden Erwerbszweig sind nach Wirtschaftsgebieten zu gliedern Zwangssyndikate (Produktionsverbände) zu bilden, auf welche die Leitung der Unternehmungen sowie die Verfügung über den Ertrag aller Unternehmungen, die unter die Bestimmungen des § 2 dieses Gesetzes fallen, übergehen.

Das durch die Anteile des Reiches gewährleistete Recht auf den entscheidenden Einfluß in den Zwangssyndikaten wird durch Beauftragte der Wirtschaftsräte (§ 7) ausgeübt. Das Reich entsendet neben den Wirtschaftsräten in jedes Zwangssyndikat einen besonderen Beauftragten.

Den Zwangssyndikaten (Produktionsverbänden) unterstellt sind die zu gleichen Teilen aus Vertretern der Syndikate, des Betriebsrats und des Unternehmers zusammenzusetzenden Leitungen der gesamten Unternehmungen oder der einzelnen Betriebe. Beschließt eine solche Betriebsleitung, daß dem bisherigen Unternehmer die technische Leitung des Betriebes weiter überlassen bleibt, so untersteht dieser den Weisungen und der Kontrolle des Zwangssyndikats (Produktionsverbandes).

§ 6.

Die Ausübung des Miteigentumsrechtes an den unter § 2, Absatz c fallenden Grundstücken oder Betrieben, die Verfügung über sie, das Recht, sie im ganzen oder teilweise zu veräußern oder zu belasten sowie die Verfügung über den Betrag dieser Betriebe und Grundstücke geht auf die in § 5 bezeichneten Produktionsverbände über.

Ist ein Teil eines von diesem Gesetz betroffenen Grundstückes vor dem 4. Juli 1922 an Gewerbetreibende oder Kleinbauern verpachtet worden, deren Unternehmungen nicht unter den § 2 dieses Gesetzes fallen, so bleibt die Leitung dieses verpachteten Teils vom Produktionsverband unberührt. Dieser erhält nur das Verfügungsrecht über den an ihn zu zahlenden Pachtzins.

Artikel IV.

Produktionskontrolle und Bestandaufnahme.

§ 7.

Zur Ausübung der Produktionskontrolle haben innerhalb eines Monats nach Inkrafttreten dieses Gesetzes die Betriebsrätekongresse im Reiche, in den Ländern bezw. Provinzen oder Wirtschaftsgebieten die erforderlichen Organe (Wirtschaftsräte) zu schaffen. Aufgabe dieser Wirtschaftsräte ist die Durchführung aller auf die Erfassung der Sachwerte, die Verwirklichung der Produktionskontrolle, die Umlegung und Zusammenlegung von landwirtschaftlichen Grundstücken zu leistungsfähigen Großbetrieben und die Regelung und Steigerung der Produktion gerichteten Maßnahmen. Sie bestimmen insbesondere auch die Leitung der Außenhandelsstellen und der Devisenverkehrsstelle (§§ 10 und 11), die Vertreter des Staatsinteresses (§ 5) in den Zwangssyndikaten und in den Organen der Aktiengesellschaft.

Die Wirtschaftsräte sind Vollzugsorgane der Betriebsrätekongresse, denen sie für ihre Tätigkeit verantwortlich sind. Alle Verordnungen, die zur Durchführung dieses Gesetzes notwendig sind sowie alle Ausführungsbestimmungen bedürfen der Genehmigung des betreffenden Wirtschaftsrates. Die Wirtschaftsräte der Länder, Provinzen und Wirtschaftsgebiete haben ihre Tätigkeit entsprechend den Richtlinien des vom Reichs-Betriebsrätekongreß gewählten Reichswirtschaftsrates auszuüben.

§ 8.

Um den Einfluß der Arbeiter und Angestellten der einzelnen Unternehmungen auf die Betriebsführung zu sichern, wird den Betriebsräten das Recht eingeräumt, jederzeit in alle Bücher, Aufzeichnungen und Korrespondenzen Einsicht zu nehmen. Die Betriebsräte sind den Organen der Wirtschaftsräte zur Berichterstattung verpflichtet.

§ 9.

Die Wirtschaftsräte haben gemeinsam mit den Betriebsräten unverzüglich nach Inkrafttreten des Gesetzes Inventuraufnahme in sämtlichen, auch den nicht unter dieses Gesetz fallenden Unternehmungen, durchzuführen; sie haben alle Maßnahmen zu ergreifen, die zur Sicherung der Ausführung dieses Gesetzes und zur Vorbereitung der Organisierung der Warenerzeugung und -Verteilung notwendig sind.

Artikel V.

Außenhandelskontrolle und Devisenverwaltung.

§ 10.

Die Ein- und Ausfuhr von Waren jeglicher Art ist Sache der Produktionsverbände (Zwangssyndikate). Sie bedürfen dabei der Zustimmung der Außenhandelsstelle des Reiches, die in jedem Falle zu untersuchen hat, ob ein volkswirtschaftliches Interesse an der Durchführung des betreffenden Außenhandelsgesetzes besteht.

§ 11.

Alle Bestände an ausländischen Zahlungsmitteln und auf solche lautende Wertpapiere, ebenso alle Auslandsguthaben der in Deutschland ansässigen Personen und Unternehmungen, gleichgültig, ob sie auf deutsche oder fremde Währung lauten, sind, soweit sie einen zu bestimmenden Minimalbetrag übersteigen, mit Inkrafttreten dieses Gesetzes beschlagnahmt und unverzüglich an die Reichsbankstellen abzuführen.

Jede Eigentumsveränderung an den beschlagnahmten Zahlungsmitteln und Guthaben ist nach dem Inkrafttreten dieses Gesetzes ungültig und hat entschädigungslosen Verfall zugunsten des Reiches zur Folge. Zur Verwaltung der ausländischen Zahlungsmittel und Guthaben wird bei der Reichsaußenhandelsstelle eine Devisenverkehrsstelle errichtet. Sie hat der Außenhandelsstelle die benötigten Zahlungsmittel zu überweisen. Ihr sind alle durch die Außenhandelsstelle eingehenden fremden Zahlungsmittel oder erfaßten Auslandsguthaben zur Verfügung zu stellen.

Artikel VI.

Vermögensabgabe und Entschädigungen.

§ 12.

Zur Heranziehung der durch dieses Gesetz nicht betroffenen Vermögen von mehr als 5000 Goldmark und zur durchgreifenden Heranziehung der großen Vermögen wird ein besonderes Gesetz über eine stark progressiv gestaffelte einmalige Vermögensabgabe erlassen. Grundbesitz von Kleinbauern, sowie Produktionsmittel von Handwerkern, die in der Regel keine Lohnarbeiter beschäftigen, werden davon befreit.

Aus dem Ertrage dieser Vermögensabgabe sind Kleinrentner, die weniger als 2000 Goldmark Gesamtvermögen besitzen, oder deren Einkommen das staatlich festzusetzende Existenzminimum nicht erreicht, bis zur Höhe des Existenzminimums zu entschädigen, falls sie als Besitzer oder Teilhaber von Sachwerten durch das vorliegende Gesetz betroffen werden.

Artikel VII.

Allgemeine Bestimmungen.

§ 13.

Durch besonderes Gesetz wird die Kommunalisierung des gewinnbringenden Zwecken dienenden Hausbesitzes, sowie der Villen und Schlösser verfügt. Solchen Hausbesitzern, deren Einkommen das staatlich festzusetzende Exis-

Minimum nicht erreicht, ist der gegenwärtige zu 5 Prozent kapitalisierte Ertragswert als Entschädigung zu gewähren.

§ 14.

Zur Verhütung von Handlungen, die die Ausführung dieses Gesetzes erschweren würden, wird vom Tage des Inkrafttretens dieses Gesetzes an bis auf weiteres jede Besitzveränderung an diesem Gesetz unterliegenden Unternehmungen und Grundstücken oder Teilen von ihnen verboten und für rechtsungültig erklärt.

§ 15.

Wer den Anordnungen der durch dieses Gesetz bestimmten Organe nicht Folge leistet, wer seinen Betrieb im Stiche läßt oder auf andere Weise dieses Gesetz zu umgehen sucht, wird mit Gefängnis nicht unter einem Jahr bestraft; sein Anteil verfällt dem Reiche.

Wer grundsätzlich die Durchführung der Sachwerterfassung zu vereiteln sucht, oder ihr offenen Widerstand leistet, wird mit Zuchthaus und Vermögenskonfiskation bestraft.

§ 16.

Das Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Berlin, den 3. Juli 1923.

Der Schwindel der wertbeständigen Löhne

Die Verhandlungen zwischen dem ADGB. und den Industriebaronen über den wertbeständigen Lohn sind ins Stocken geraten. Es ist eine Pause eingetreten, die dazu dienen soll, die Massen hinzuhalten, zugleich ist von der SPD.-Reichstagsfraktion ein Antrag über diese Frage eingebracht. Damit soll dem Kampf der Massen um den Friedensreallohn der Boden entzogen werden. Der Kampf soll auf dem parlamentarischen Fechtboden vor sich gehen, und zum Schluß wird die Schwerindustrie diktieren. Die Vorbereitungen für diesen Verrat an den Massen sind bereits im Gang.

Auf der Bundesausschußsitzung des ADGB., die am Dienstag und Mittwoch in Berlin tagte, wurde eine Resolution angenommen. Es wird hierin betont, daß der ADGB. auf dem Standpunkt steht, daß die Einführung des vollen Friedensreallohnes heute nicht möglich sei. Die Löhne müßten gezahlt werden nach amtlichen Meßziffern, und der ADGB. erwartet die tatkräftige Mitarbeit der Regierung.

Nun meldet das „Berliner Tageblatt", daß gestern in der Reichskanzlei eine Besprechung zwischen Mitgliedern des Reichskabinetts und Vertretern der Arbeitgeber stattfand. Die letzteren wiesen darauf hin, daß die von Arbeitnehmerseite vorgeschlagene Umgestaltung des Indexlohnes ihrer Ansicht nach unmöglich sei und sie die Verantwortung für die Folgen, die sich daraus ergeben würden, ablehnen müßten. Die Arbeitgeber erklärten sich mit der Einführung eines wertbeständigen Indexlohnes grundsätzlich einverstanden, jedoch müsse die Wertbeständigkeit aus dem Goldzollaufgeld berechnet werden.

Dieser ganze hier geführte Kampf ist nur ein Scheinmanöver, sowohl von seiten der Industriellen wie von seiten der Gewerkschaften.

Mit der Forderung der „amtlichen Meßziffer" hat der ADGB. bereits jeden Versuch der Mitbestimmung bei der Festsetzung der Höhe des Index aufgegeben. Er überläßt es der bürgerlichen Regierung. Ob nun die Wertbeständigkeit an dem Goldzollaufgeld oder diesem amtlichen Index festgestellt wird, ist für die Arbeiterschaft dasselbe. In beiden Fällen werden bürgerliche Behörden den Satz bestimmen und die Arbeiterschaft wird geprellt, wenn sie nicht gegen den Willen der Gewerkschaften und Reformisten den Kampf aufnimmt für den Friedensreallohn.

Die Reichstagsfraktion der KPD. hat in ihrem Gesetzentwurf die Grundlage gegeben, auf der jeder Arbeiter den Kampf um den Friedensreallohn aufnehmen muß. Ohne Erfassung der Sachwerte und Kontrolle der Produktion wird das Unternehmertum jeden Erfolg der Arbeiterschaft sabotieren. Aber der Kampf um die Erfassung der Sachwerte und Kontrolle der Produktion ist kein rein parlamentarischer Kampf. Er muß ausgefochten werden an den Quellen der Produktion, in den Betrieben.

Krupps passiver Widerstand

Essen, 6. Juli.

Bei der Besetzung der Krupp-Betriebe hat der Betriebsrat eine von den kommunistischen Mitgliedern eingebrachte Entschließung, die u. a. Proteststreik forderte, abgelehnt. Da die Firma Krupp am passiven Widerstand kein Interesse zeigte, gab die Betriebsratsmehrheit nach. Ein Abkommen mit den Franzosen wurde vereinbart. Es sollte zum Abtransport der Kohle nach dem Vorschlag eines Aja-Mannes die Rückwand eines Schuppens durchbrochen werden, damit die Belegschaft nicht direkt das Schanzpult der Abfuhr gewähre. Heute haben sich die Verhandlungen zerschlagen, weil die Offiziere verlangten, die Krupp-Leute sollten das Loch in die Mauer brechen und die Krupp-Leute verlangten, die Besatzung solle das tun.

Die Besetzung und Beschlagnahme erfolgte, weil die Firma Kohlensteuer nicht zahlte.

Es handelt sich nach einer Meldung des WTB. um 60000 bis 80000 Tonnen Kohlen und Koks.

Der Kampf gegen den Hunger

Der Kampf der Berliner Metallarbeiter

Berlin, 7. Juli.

Im Laufe des gestrigen Tages sind in Berlin aus den Großbetrieben der Metallindustrie über 100 000 Arbeiter in den Streik getreten. Mehrere Großbetriebe, so die AEG., die Transformatorenfabrik und das Kabelwerk Oberspree, traten spontan in den Streik, noch ehe die Parole herauskam. Zahlreich eingelaufene Solidaritätskundgebungen beweisen die Solidarität der gesamten Berliner Arbeiterschaft mit den streikenden Kameraden der Metallindustrie. Der faszistische Werkschutzdienst des Verbandes Berliner Metallindustrieller hat am 4. Juli, wie einwandfrei festgestellt worden ist, Revolver und Ladestreifen empfangen. Es ist ganz klar, daß die Unternehmer durch die hartnäckige Verweigerung jeglicher Erhöhung des Reallohnes den Metallarbeiterstreik vom Zaune gebrochen haben. Nun wollen sie durch ihre faszistische Schutzgarde (die „eiserne Ferse") die Arbeiter provozieren, um sie dann abschlachten und ins Sklavenjoch zurückdrängen zu können.

Erwerbslosenaufmarsch im Reichstag

Verhöhnung durch den Arbeitsminister

Berlin, 7. Juli.

Bei den Verhandlungen der zahlreich in Berlin aus allen Teilen des Reiches eingetroffenen Delegationen der Erwerbslosen mit der Reichsregierung ist bis jetzt kein Beschluß gefallen. Das Reichsarbeitsministerium leistete sich eine ungeheuerliche Provokation. Am ersten Tage sagte der Arbeitsminister Brauns zu, die Erwerbslosen zu empfangen. Am zweiten Tage ließ er erklären, daß er einen Empfang von der Anwesenheit eines Vertreters des ADGB. abhängig mache. Am dritten Tage war ein Vertreter des ADGB. anwesend, trotzdem aber wurden die Verhandlungen mit den Erwerbslosen abgelehnt.

Darauf nahmen die Erwerbslosen in einer gemeinsamen Sitzung mit Vertretern der kommunistischen und sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zur Lage Stellung. Einmütig kam zum Ausdruck, daß es notwendig sei, für die einheitlichen Reichsforderungen der Arbeitslosen die gesamte Arbeiterschaft zu mobilisieren. Der Vertreter des ADGB. erklärte, daß der ADGB. die aufgestellten Forderungen unterstützen und alles tun werde, um sie durchzusetzen.

Eine Resolution wurde einstimmig angenommen, die dem sabotierenden Reichsarbeitsministerium den Kampf ansagt und die den ADGB. verpflichtet, für den Fall, daß die Regierung weiter die minimalen Forderungen der Arbeitslosen ablehnt, die gesamte Arbeiterschaft zum Kampf, zum geschlossenen Generalstreik aufzurufen.

Großagrarier sperren die Landarbeiter aus

Die Landarbeiter der Amtshauptmannschaft Leipzig sind auf 30 Gütern von den Agrariern ausgesperrt worden, weil sie es ablehnen, den 11stündigen Arbeitstag als Normalarbeitstag anzuerkennen. Das ist die Antwort der sächsischen Großagrarier auf den schmählichen Verrat der DLV.-Führer bei dem großen Landarbeiterstreik in Schlesien. Soll dieser Vorstoß der Gutsbesitzer auf die elementarsten Rechte der Landarbeiter nicht gelingen, so ist es Aufgabe der Landarbeiter, ihre Führer zu zwingen, diese Provokation mit der Verbreiterung und Verschärfung des Kampfes zu beantworten.

Zum Landarbeiterstreik in Ostpreußen

Der Streik der Landarbeiter in Ostpreußen hält mit unverminderter Kraft an. Nachdem die nicht streikenden Landarbeiter und ein großer Teil der Industriearbeiterschaft in anerkennenswerter Weise die finanzielle Unterstützung organisiert haben, erklärt der DLV.-Kreisleiter im Kreis Niederung: „Die Streikenden können sich bei ihrem nunmehr berechtigten Kampfe der Sympathie der Gewerkschaften bewußt sein." Trotz alledem wird der Streik immer noch vom DLV. als „wild" erklärt und der sozialdemokratische Landrat schickt täglich größere Massen von Streikbrechern, sogenannte Technische Nothilfe und Schutzpolizei gegen die Streikenden. Das Verhalten dieser Auch-Sozialisten muß den schärfsten Protest der gesamten Industrie- und Landarbeiterschaft hervorrufen.

Der Kampf im Baugewerbe

Berlin, 7. Juli.

Der Kampf im Baugewerbe ist insofern verschärft worden, als die Unternehmer ein völlig unannehmbares Angebot machten. Der Baugewerksbund hat eine Urabstimmung unter den Bauarbeitern angeordnet, doch ist die Ablehnung des Hungerangebots der Baukapitalisten sicher. Sämtliche streikenden Bauarbeiter stehen geschlossen hinter den Parolen der Kommission der Berliner Bundesdelegierten, die die verschärfte Fortführung des Streiks beschlossen haben.

Genosse Kolaroff verhaftet

Die amtliche Bulgarische Telegraphen-Agentur meldet aus Sofia:

Basil Kolaroff, ehemaliger kommunistischer Deputierter, Sekretär der bulgarischen Kommunistischen Partei und Sekretär der Dritten Internationale, wurde bei einem Versuch, heimlich über die bulgarische Grenze zu gelangen, in Gorne-Orechovitza verhaftet. Er kam aus Moskau, wo er anläßlich einer am 16. Juni in Moskau abgehaltenen Sitzung des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale erklärt hatte, daß die Kommunistische Partei mehr als einmal mit den Agrariern gemeinsame Sache gemacht habe gegen die bürgerlichen Parteien und die Wrangelleute. Wenn die bulgarischen Kommunisten bei den jüngst stattgefundenen Ereignissen der Bauernpartei gehollen hätten, so wäre in Bulgarien jetzt eine Arbeiter- und Bauernregierung am Ruder.

Dem Genossen Kolaroff, der auf die erste Nachricht vom vollendeten Staatsstreich in seine Heimat geeilt ist und mit einem regelrechten Paß als Abgeordneter versehen war, wird also obiger amtlicher Mitteilung zufolge zur Last gelegt: 1. daß er „heimlich" die Grenze zu überschreiten „versuchte" und 2. daß er in Moskau eine politische Rede allgemeinen Inhalts gehalten habe. Der sozialdemokratische Minister Kulaof, der „Vorwärts"-Mitarbeiter Sakasoff, oder wie alle die Kerle heißen, haben aber hundertmal erklärt, der Regierungswechsel sei vollzogen worden lediglich, um die Demokratie und den Rechtsstand in Bulgarien wieder herzustellen! Und der Hamburger Kongreß hat beschlossen, gegen den internationalen Faszismus und die Reaktion zu kämpfen! Pharisäerhandel!

Die Horthy-Kanaille in Budapest

Budapest, 5. Juli.

Die Budapester Polizei verhaftete 11 Personen wegen kommunistischer Umtriebe. Die Verhafteten haben aus Moskau und Wien zu Organisationszwecken größere Beträge sowie von Bela Kun unterzeichnete Propagandaschriften (man denke!) erhalten, die zur Wiedergreifung der Macht durch das Proletariat anspornten.

Dollar 200000

Auswärtiger Ausschuß ohne Cuno

„Jetzt noch nicht Dynamit und Revolver"

In der Donnerstag-Sitzung des Auswärtigen Ausschusses wurde die Frage des Wirtschaftsverkehrs mit Frankreich und Belgien verhandelt. Sowohl Cuno als auch der Außenminister waren nicht erschienen. Den Standpunkt der KPD. vertrat der Genosse Fröhlich.

Wozu soll Herr Cuno auch erscheinen? Er hat seine Linie und verfolgt sie trotz aller Bücklinge vor dem päpstlichen Gesandten unbeirrt. Was Cuno will, geht eindeutig aus seinen Ausführungen in der Schlußsitzung des Rheinischen Provinziallandtages hervor. Er hat da nach der bürgerlichen „Kölnischen Zeitung" erklärt:

„Alles, was die Staatsautorität gefährdet, alles, was Parteihader und Zwistigkeit in das Volk hineintragen kann, muß zurücktreten hinter die eine große Frage: wie rette ich mein Vaterland? Wie gebe ich mein Alles hin für das Vaterland? (Bravo!) Wir können jetzt keine Parteipläne mit Dynamit und Revolver durchführen wollen. Dazu ist es jetzt nicht an der Zeit."

Jetzt noch nicht. Aber in kurzer Zeit, denkt Cuno. Und Hitler handelt dementsprechend, sammelt seine Scharen und rüstet sie mit Revolver und Dynamit aus.

Deutsche Schmutzkonkurrenz im Ausland

Der „Vorwärts" teilt beiläufig die interessante Tatsache mit, daß die deutschen Kapitalisten nach Holland Betten um 50 Prozent billiger liefern, als sie dem deutschen Verbraucher verkauft werden. Das spricht Bände. Die große Masse der Arbeitenden in Deutschland kann sich keinen Hausstand gründen, haust buchstäblich in Löchern, der Absatz stockt — aber die Preise müssen unter allen Umständen künstlich hochgehalten werden!

Der Getreidewucher wird ebenso künstlich geschützt. Bekanntlich sind wir jetzt glücklich so weit, daß amerikanisches Getreide einschließlich Fracht billiger ist als deutsches Getreide, trotz der ungefähr 15fach höheren Löhne der amerikanischen Arbeiter! Nun klagt der Großhandel, daß er das ausgiebigere und billigere amerikanische Getreide nicht einführen kann, — weil es ihm an Devisen mangelt.

Arbeiter, merkst du was? Erst wird das Getreide künstlich hochgetrieben, dann die Einfuhr des billigeren Auslandsgetreides sabotiert und im Stillen hofft man, auf diese Weise die Reichsregierung noch zur Aufhebung der unbequemen Devisenverordnung zu zwingen.

Schleuderpreise im Ausland, Wucherpreise im Inland. Dort Unterbietung der Weltmarktspreise, hier künstliches Hochschrauben über die Tarifpreise hinaus. Und alles ohne Friedensreallöhne, ja ohne die sozialdemokratischen „wertbeständigen" Löhne. Die Unternehmer wissen, warum sie jeden Versuch sabotieren, die deutsche Wirtschaft wieder auf Goldwährung zu stellen.

Milliardengeschenke

Der preußische Staatsfiskus ist gegenwärtig dabei, erneut Stundungsmöglichkeiten für das von Staatsforsten gekaufte Holz festzulegen. Bis zu 17 Monaten wurde bisher den Holzaufkäufern die Bezahlung gestundet. Vor 17 Monaten wurde für erste Klasse Eichenholz 2000 Mark, Buche 1000 Mk., Fichte 850 Mk. pro Festmeter berechnet. Heute kostet Eiche 600 000, Buche 400 000, Fichte 300 000 Mk. pro Festmeter. Und nun bezahlen die Holzspekulanten das Holz, das sie mit 800 und 1000 Mk. bekommen haben. Bei den einige Millionen betragenden Festmetern Nutzholz, die der preußische Staatsfiskus verkauft, bedeutet die Stundung des Kaufgeldes ein Geschenk von tausenden Milliarden Mark an die Holzspekulanten. Diesem Skandal, der auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung betrieben wird, kann die Arbeiterschaft und das Kleinbauerntum nur begegnen durch Kampf um eine Arbeiter- und Bauernregierung.

Die nationalistischen Morbuben

Im Reichstag sprach Genosse Remmele am Donnerstag bei der Erörterung der Bayernschande von der weiß-blauen Schmach, die viel schlimmer sei als die schwarze Schmach im besetzten Gebiet. Die Berliner Tageszeitung des „Tag", schon immer hervorstechend durch ihre blutrünstige Antikommunistenhetze, bedauert hierzu, daß sich daraufhin „keine Hand zur Abwehr rührte". Wir haben es hier also wieder mit einer ziemlich unverblümten Aufforderung zum „Umlegen" eines Kommunisten zu tun. Diese Methoden scheinen dem „Tag" umso geläufiger, als er in demselben Artikel von der in Bayern üblichen Einkerkerung und Tötung von Kommunisten beschönigend lediglich von einem „Auf-die-Finger-klopfen" spricht. Im Zusammenhang mit der Sabotage im Ruhrgebiet spricht der Leitartikel derselben Nummer des „Tag" mit Genugtuung davon, wenn ein französischer Soldat „in einer dunklen Ecke Bochums plötzlich etliche Zoll kaltes Eisen zwischen die Rippen bekommt". Und in seinem Verbrecherjargon spricht das edle Nationalistenblatt mit Behagen davon, wie gewisse Leute „den einen oder anderen Posten abnicken". Das „Umlegen" und „Abnicken" des inneren Feindes ist den nationalistischen Bestien bereits zur süßen Gewohnheit geworden. Unbewaffneten Gegnern gegenüber ist diese Arbeit noch leichter und soll gewiß zur Gloria des Vaterlandes dienen.

Plättner vor dem Staatsgerichtshof

Der Prozeß gegen Karl Plättner ist von dem Schwurgericht in Halle noch vor der Zeugenvernehmung abgebrochen worden, weil auf Grund der umfassenden Erklärungen des Angeklagten und seiner Anwälte der Staatsanwalt selbst beantragte, die Sache vor den Staatsgerichtshof zu verweisen. Der wesentliche Zweck der Plättnerschen Aktionen und Enteignungen seien nicht der Raub fremden Gutes, sondern der Sturz des Staates gewesen. Das Gericht schloß sich den Ausführungen des Staatsanwalts und der Rechtsanwälte an und überwies den Prozeß dem Staatsgerichtshof, weil es sich bei der Plättnergruppe um eine politische, staatsfeindliche Verbindung handle. Plättner hat einen langen Kampf darum führen müssen, als politischer und nicht als gemeiner „Verbrecher" auch nach bürgerlichem Recht beurteilt zu werden.

Die „Sozialistische Republik" verboten

Die „Sozialistische Republik" (Köln) ist laut Mitteilung des französischen Nachrichtendienstes bis zum 20. Februar 1924 von der englischen Besatzungsbehörde verboten.

Als letzte Nummer unseres Kölner Parteiblattes erhielten wir die Dienstagausgabe. Auch in ihr führte es seinen tapfern Kampf gegen die brutale Gewaltherrschaft der Militaristen im besetzten Gebiet und die imperialistischen Separationspläne im Rheinland.

Bürgerliche „Wohltätigkeit"

Die bürgerlichen „wohltätigen" Damen scheinen zu glauben, den Armen mache das Sterben ein besonderes Vergnügen.

Ein humanes Fräulein schneit in eine Neumünster Arbeiterfamilie hinein. Während der Krankheit ließ sich keine Wohlfahrtsdame sehen. Im Zeitraum von drei Tagen sind hier zwei Kinder an Masern gestorben. Das Fräulein wundert sich, daß in so kurzer Zeit zwei Kinder in einer Familie sterben konnten, es gäbe doch Aerzte, Krankenhäuser und Medikamente. Großartige Logik! Wer kein Brot hat, soll Kuchen essen.

Das spielerische Getue mit Wohltätigkeit der frömmelnden Bourgeoisdamen, das selten bis in den eigenen Geldbeutel reicht, kann dem kranken Körper des Proletariats keine Gesundung bringen. Es ist nur dazu angetan, die Arbeiterklasse von der klaren Erkenntnis der Ursachen der heutigen Zustände abzubringen und sie im Gefühl der Abhängigkeit von der Bourgeoisie zu stärken.

Aus Breslau

Proletarischer Kurszettel

Breslau, 6. Juli 1923.

Vor zehn Jahren, als das Kapital noch nicht als unumstrittener despotischer Faktor im Wirtschaftsleben galt, als noch eine Einfuhr verbilligter Nahrungsmittel die agrarfreundliche Regierung Schutzzollmauern längs der Grenze aufrichten ließ, pflegten die Preise für Nahrungsmittel im Sommer wegen starkem Angebot regelmäßig zu sinken. Die Händler waren wegen leichter Verderblichkeit der Waren gezwungen, sich gegenseitig im Preise zu unterbieten und waren gleichzeitig bestrebt, die Qualität der Waren zu heben. Trotzdem der deutsche Arbeiter noch einer der schlechtbezahltesten war, wurde seine Lebenshaltung von vielen Arbeitern anderer Völker mit Neid angesehen. Der deutsche Arbeiter, intelligenter als andere, legte damals den Hauptwert auf Güte der Waren. Er konnte das. Denn die gewerkschaftlichen Organisationen waren Kampforganisationen, die bemüht waren, für die Gewerkschaftler das Menschenmöglichste zu erkämpfen.

Und heute? Ein chinesischer Kuli würde sich weigern, das Essen des deutschen Arbeiters als Nahrung anzunehmen. Es wäre falsch, wenn behauptet würde, die Preise stiegen. Nein, die Warenpreise steigen nicht von selbst, sie werden von einer kleinen Gruppe skrupelloser Wucherer gesteigert. Durch die dauernde Entwertung der Zahlungsmittel wird der Reallohn der Arbeitenden immer mehr gedrückt. Mit unsäglicher Verachtung blickten einst die freigewerkschaftlich Organisierten auf die „Gelben", die Angehörigen der wirtschaftsfriedlichen, streikablehnenden Organisationen. Heute sitzen, wie einst die „Gelben", die Freigewerkschaftler mit den Kapitalisten am Verhandlungstisch, ängstlich bemüht, die schärfste Waffe der Proletarier, den Streik, zu vermeiden. Es gibt nur einen Standpunkt, den die Arbeitnehmer den Arbeitgebern gegenüber vertreten können: den Kampf! Die Arbeiter haben nur den einen Weg, um aus dem Hunger herauszukommen, der sie allüberall umgibt: **den Kampf um den Friedensreallohn!** Der Stundenlohn des deutschen Arbeiters muß heute betragen:

ein Sechstel Dollar gleich 35 000 Mk.

Ist das erreicht, dann können getrost die wenigen Waren, die durch Reichsmittel (das sind die Steuergelder, die zu 96 Prozent von den Arbeitenden getragen werden!), unter dem Geldniveau gehalten werden, auf den Goldpreis kommen. Die zukünftigen Kämpfe können sich dann um eine Verbesserung der Lebensbedingungen drehen. Dann kann endlich der Arbeiter daran gehen, sich die „Mark über dem Existenzminimum" zu erkämpfen.

Der Kampf um den Friedensreallohn, das wichtigste Mittel, die Existenz der Arbeiterklasse zu sichern, wird auf den geschlossenen Widerstand der gesamten Kapitalistenklasse und der mit ihr verbündeten Gewerkschaftsbürokratie stoßen. Der Kampf um den Friedensreallohn kann nur durchgesetzt werden, wenn die Arbeiterschaft zugleich die politischen Sicherungen schafft in der

Arbeiter- und Bauernregierung!

Ware	Menge	Preis am 6. Juli 1923 Mk.	Preis am 6. Juli 1923 Ein Arbeitarbt. dafür	Preis im Mai 1918 Mk.	Preis im Mai 1918 Ein Arbeitarbt. dafür
Rindfleisch	500 g	28000	6.22 Std.*)	1.01	2 Std.
Schweinefleisch	500 g	30000	6.67 „	0.89	1.78 „
Pferdefleisch	500 g	11000	2.45 „	0.42	50 Min.
Kabeljau	500 g	13000	2.89 „	0.22	25 „
Hering, gesalzen	Stück	1400	19 Min.	0.06	8 „
Weizenmehl	500 g	8000	1.78 Std.	0.16	19 „
Roggenmehl	500 g	6000	1.34 „	0.48	58 „
Brot	2000 g	10000	2.22 „	0.48	58 „
Semmel	500 g	4900	1.09 „	0.23	27 „
Graupe	500 g	5500	1.22 „	0.20	24 „
Erbsen	500 g	7000	1.56 „	0.19	23 „
Weiße Bohnen	500 g	6500	1.44 „	0.20	24 „
Kaffee	500 g	72000	16 „	1.90	3.8 Std.
Kakao	500 g	30000	6.67 „	1.80	3.60 „
Tee	500 g	110000	24.45 „	3.10	6.2 „
Zucker	500 g	1400	33 Min.	0.24	29 Min.
Reis	500 g	5800	1.29 Std.	0.29	34 „
Margarine	500 g	25000	5.56 „	0.80	1.6 Std.
Vollmilch	1 Liter	2720	37 Min.	0.19	23 Min.
Butter	500 g	36000	8 Std.	1.37	2.74 Std.
Eier	1 Stück	2000	25 Min.	0.06	7 Min.
Kartoffeln, neue	1 Pfd.	2200	28 „	—	—
Zwiebeln	500 g	1600	21 Min.	—	—
Petroleum	1 Liter	5800	1.32 Std.	0.20	24 „
Gas	1 cbm	2420	34 Min.	0.15	18 „
Elektrizität	1 Kwh	4700	1.44 Std.	—	—
Bier	0.35 l	2500	33 Min.	0.15	18 „
Schmalz	500 g	30000	6.67 Std.	0.90	1.4 „
1 Dollar		210000	46.67 „	4.19	8.6 Std.

*) Stundenlohn mit 4000 Mk. gerechnet, den nur ein Teil der Arbeiterschaft erhält.

Im Breslauer Stadtparlament

gab es am Donnerstag wieder einmal ausgedehnte Debatten. Es lagen nicht weniger als 16 Dringlichkeitsanträge vor.

Gleich zu Beginn der Sitzung sorgten die Zentrumsvertreter, insbesondere Herr Herschel, für Belustigung, indem sie hochmoralische Entrüstungsreden gegen die geplante Aufstellung eines Kunstwerks in der Nähe der katholischen Corpus-Christi-Kirche hielten. Es handelt sich um die plastische Darstellung einer Frau, die auf einem Esel reitet. Infolge der Geldentwertung kann an die Aufstellung des Kunstwerks nicht gedacht werden. Dem Bildhauer (einem Berliner Künstler) wurde als Aequivalent für den der Stadt Breslau eingereichten Modellentwurf die Summe von einer Million Mark bewilligt.

Zur Erledigung kam, als wichtigste Vorlage, der Stadthaushaltsplan für 1923. Die Versammlung erledigte den Etat ohne Opposition. Oberbürgermeister Wagner wandte sich gegen die Befürchtung, als ob die Verringerung der Feuerwehr einen Umfang annehmen könnte, daß die Feuersicherheit der Stadt darunter leiden könnte. Einer Erhöhung der Benutzungsgebührnisse der Stadtbibliothek wurde zugestimmt.

Außerdem lag eine Vorlage vor, die für besonders Bedürftige kostenlose Gasabgabe vorsieht.

Zu den Notstandsarbeiten kam noch einmal die letzte Erwerbslosen-Demonstration zur Sprache. Der Oberbürgermeister hielt eine fulminante Rede, in der er gegen die Demonstration zu Felde zog. Er will sich nicht vorschreiben lassen, wann er auf dem Rathause zu sprechen ist; seine Zeit, die der Stadt das teure Geld kostet, ist ihm zu schade dazu. Zwar hat er ein gutes Herz, aber wenn demonstriert wird, dann gibts grundsätzlich nichts.

Bewilligt wurde nichts. Nur aus längst bewilligten Mitteln wurden 200 Millionen bereitgestellt. Zum Schluß wurden noch einige kleinere Vorlagen erledigt oder zurückgestellt, und die Stadtväter gingen in die Sommerferien.

Die „Volkswacht" endlich aufgewacht

Die „Volkswacht" hat sich vom Betriebsrat des Gaswerks Dürrgoy eine Berichtigung schicken lassen, auf die wir nicht einzugehen brauchen, weil wir bereits berichtigt haben, daß nicht Gaswerk Dürrgoy, sondern die Firma Dübelwerke es war, die die Tore schloß. Aber es sind eben Hundstage und da kann man von einem „Volkswacht"-Redakteur natürlich nicht verlangen, daß er nicht schläft. Wir bedauern, ihn geweckt zu haben. Er möge weiter schlummern.

Neufestsetzung des Wertes der Sachbezüge

Der Wert des freien Unterhalts einschließlich freier Wohnung ist mit Wirkung vom 1. Juli d. Js. an wie folgt festgesetzt worden: Für weibliche Hausangestellte, Lehrmädchen, Lehrlinge, sonstige gering bezahlte weibliche Arbeitskräfte und für jugendliche landwirtschaftliche Arbeiter bis zum Alter von 19 Jahren auf täglich 8000, monatlich 240 000 Mark, für männliche Hausangestellte, Knechte, männliche und weibliche Gewerbegehilfen, Handwerksgesellen und für Personen, die der Angestelltenversicherung unterliegen, auf täglich 1066⅔ Mark, monatlich 320 000 Mark, für Angestellte höherer Ordnung, Aerzte, Apotheker, Inspektoren, Geschäftsführer, Lehrer, Werkmeister, Hausdamen usw. auf täglich 13 333⅓ Mark, monatlich 400 000 Mark. Der Wert der freien Wohnung einschließlich freien Heizung und Beleuchtung ist in den festgesetzten Beträgen mit einem Sechstel der Sätze enthalten. Sind zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern (Verbänden) Tarif- oder Privatverträge abgeschlossen, die höher bewertete Natural- und Sachbezüge vorsehen, so sind die Sätze der Verträge maßgebend.

Sonstige Natural- und Sachbezüge, die tarifvertraglich nicht geregelt bezw. vorstehend nicht aufgeführt sind (z. B. Mehl-, Bierdeputat, teilweise Verpflegung von Aufwartefrauen, Wäscherinnen usw.), sind nach den ortsüblichen Mittelpreisen anzusetzen.

Sprechchor

Heute, Sonnabend, abends 7 Uhr, findet im Schießwerder ein Uebungsabend statt, wo alle erscheinen müssen.

Freie Turnerschaft Breslau

Mittwoch, den 11. Juli, abends 8 Uhr, sehr wichtige Sport- und Spielleitersitzung bei Turngenossen Jäschke, Ottostraße 1 IV. Behandelt wird das sportliche Programm zum Stiftungsfest, Bezirksturnfest, Kreiswetturnen und unser Spielbetrieb. Sämtliche Abteilungen müssen unbedingt vertreten sein. Zum Dreikampf beim Bezirksturnfest haben die erste, zweite dritte, vierte und sechste Männerabteilung sowie die erste, zweite und vierte Frauenabteilung noch keine Meldung abgegeben. Ich erwarte, daß es sofort nachgeholt wird. Ebenso steht die Meldung vom Fußballbezirk noch aus.

W. J.

Ein Tag im Reiche Poseidons!

Die Wiederholung der Veranstaltung am kommenden Sonntag bringt außer einer vollständig neu zusammengestellten Schwimmfolge, die im vorigen Jahre beim Bundesfest in Leipzig als Massenübung gezeigten Sportlerfreiübungen und leichte athletische Vorführungen. Es werden also auch diejenigen auf ihre Rechnung kommen, die am vorigen Sonntag dem Fest schon beiwohnten. Der musikalische Teil wird von der Kapelle der Straßenbahner ausgeführt. Ein 20 er-Fackelreigen, verbunden mit Wasserfeuerwerk, wird den wirkungsvollen Schluß der Veranstaltung bilden, deren Ertrag der Verbilligung des Schwimmunterrichts zugute kommt. Der Beginn ist auf 4 Uhr nachmittags festgesetzt.

Die Umlegung der Straßenbahnlinien 18 und 21 ist aufgehoben und vom 7. Juli ab findet der Verkehr der Wagen **wieder über die Kaiserbrücke** statt.

Im Kreise organisierter, zurzeit arbeitsloser, aber doch fröhlicher Künstler kann morgen, Sonntag, ein jedes schöne Stunden verleben. Wir bitten deshalb, das Inserat der Artisten freundlichst beachten zu wollen.

Seine Liebe mit den arbeitslosen Schwestern und Brüdern beweist man am schönsten durch Besuch der heutigen Künstlervorstellung zum Besten aller Arbeitslosen im großen Gewerkschaftshaussaale. Beginn um 7½ Uhr, Kassenöffnung 6 Uhr. Es sind noch gute Plätze zu haben. Damit ein großer Betrag dem edlen Zweck dienen kann, hat der Magistrat völlige Steuerfreiheit gewährt.— Darum fehlet keiner!

Höllein spricht

Sonntag, den 8. Juli, früh 10 Uhr in Breslau im Schießwerder

Sonntag, den 8. Juli, nachm. 5 Uhr in Liegnitz (Habsburger Hof)

Montag, den 9. Juli, abds. 7 Uhr Waldenburg, Schwertsaal

Dienstag, 10. Juli, abds. 7 Uhr, in Gleiwitz im Hüttengasthaus

Mittwoch, 11. Juli, abends 7 Uhr, in Hindenburg im Saale von Roth, Paulstraße.

Aus der Provinz

Wo wird gefilmt?

Das Programm bringt 1. den Arbeiter-Anleihefilm; 2. Fünf Jahre Sowjetrußland; 3. Die Wunder des Soldaten Iwan.

Die Eintrittspreise sind die gleichen wie in den bürgerlichen Kinos. Die Vorführungen werden stattfinden:

Sonntag, den 8. Juli, in Gottesberg, „Gute Laune" in Ober-Hermsdorf.

Montag, den 9. Juli, in Freiburg, im Nationaltheater.

Dienstag, den 10. Juli in Waldenburg im Uniontheater.

Mittwoch, den 11. Juli, abends 6 Uhr, in **Hahnau,** Neues Lichtspielhaus.

Mittwoch, den 11. Juli, abends 8 Uhr, in **Kohnau,** Kronsteins Lokal.

Donnerstag, den 12. Juli, in Liegnitz, Volkshaus.

Freitag, den 13. Juli, in Schmiedeberg, in Schreibers Hotel.

Sonnabend, den 14. Juli, in Hirschberg, Berliner Hof.

Genossen, entfaltet überall eine rege Propaganda, sorgt überall für ein ausverkauftes Haus.

Ohlau

Schule und Landarbeiterstreik. In einer hiesigen Volksschule sagte das Fräulein den Kindern, die Landarbeiter dürfen nicht eher eine Lohnerhöhung bekommen, bis sie versprechen, keinen Schnaps mehr zu trinken, denn sie bekommen sowieso schon genug und wenn man ihnen noch mehr gibt, würden sie es doch nur versaufen. Mit solchen Mitteln also versucht man aus den Volksschulen heraus den Landarbeiterstreik zu erwürgen. Ein Gewohnheitstrinker wird, auch wenn der Lohn noch so gering ist, einen Teil desselben in Schnaps umsetzen und die Darbenden sind dann immer seine Frau und Kinder. Damit die Herren Landagrarier ein fettes Geschäft machen können, wird das Getreide und die Kartoffeln in die Brennereien gefahren, anstatt es nützlich zur menschlichen Ernährung als Lebensmittel anzuwenden. Unsere Regierung, die mit einem einzigen Schlage die ganze Fuselwirtschaft zertrümmern könnte, sie denkt gar nicht dran. Denn die Steuern aus dem Schnapsverbrauch sind eine weitere Steuerquelle aus der Tasche der Arbeiterschaft.

Darum, ihr Arbeiter, laßt den Fusel weg, kämpft wie die Löwen, aber bei klarem Verstand, reißt dieser Heuchlergesellschaft mit eiserner Faust die Maske vom Gesicht. Geht nach Breslau in die Schlemmerlokale, wo der feinste Likör und Wein und Sekt in Strömen fließt, wo an einem Abend Millionen vergeudet, verspielt und verhurt werden! Zahlt's ihnen heim, laßt euch nicht noch einmal sagen, daß ihr keine Zulage bekommen dürft, weil ihr doch wieder alles vertrinkt.

Namslau.

Nationalrummel. Vom Heimatverband Schlesien wurde am 1. Juli ein sogenannter Werbetag für heimatliche Heldenverehrung veranstaltet. In Wahrheit war es natürlich eine Belustigung für die „daheimgebliebenen Helden".

Wochenlang war im ganzen Kreise dieser nationale Rummel vorbereitet worden. Rundschreiben waren an die einzelnen Orte herausgeschickt, die zur Teilnahme an der Feier aufforderten. Namslau war mit Blumen und der schwarz-weiß-roten Mörderfahne von 1914 geschmückt. Auch die Reichswehr beteiligte sich mit 16 Mann vom Ulanenregiment, das in Namslau stationiert ist. Die Ansprache wurde von dem Bürgermeister Vaher gehalten, wo er die üblichen nationalistischen Töne anschlug. Abends kam dann die Junkergesellschaft zum fröhlichen Zechgelage zusammen. Durch Verlosungen sollen schätzungsweise 30 Millionen aufgebracht sein. Erst, wenn die Arbeiterschaft erkennt, daß dies die Drohnen sind, die dem Proletarier das Blut aussaugen, werden sie diesen Nationalrummel ablehnen und ihm mit mächtiger Faust ein Ende machen.

Gelbsdorf.

Faszistenaufmarsch. Am Sonnabend und Sonntag fand das Turnerfest des bürgerlichen Turnvereins statt. Eine Anzahl auswärtiger Vereine nahm daran teil, und auch zum Glück, sonst wäre das hiesige kleine Häuflein unscheinbar gewesen. Am Sonnabend erlaubten sich nun ein paar Turner des Arbeiterturnvereins, den Saal zu betreten, bezahlten vorschriftsmäßig ihren Saaleintritt und glaubten, die Leistungen dieses Vereins einmal mit ansehen zu dürfen. Aber nicht lange dauerte es, da hieß es, die Arbeiterturner müssen heraus. Zutritt hätten nur Mitglieder und eingeladene Gäste. Der Bildung der Arbeiterturner war es zu danken, daß diese Provokation ohne schlimme Folgen blieb.

Bei dem Umzug durch das Oberdorf marschierten sechs Mann mit gezücktem Säbel auf der Schulter. Auf dem Hause des Lehrers Pelaßke wehte eine schwarz-weiß-rote Fahne, jenes Symbol, welches Tausende von Menschen ins Verderben geführt hat. Aber nicht lange wehte jene Monarchistenfahne, vier Jugendgenossen wurden vorstellig und erklärten, daß die Arbeiterschaft dies als eine Provokation betrachte und verlangten die Entfernung des Lappens. Zehn Minuten später stand sie wieder in der Ecke, wo sie vordem gestanden hatte. Das geschlossene Auftreten der Arbeiterschaft hat die Herrschaften in Schach gehalten.

Grünhübel bei Domslau.

Die erste kommunistische Versammlung fand hier vor einigen Tagen statt. Die Landarbeiter waren recht zahlreich erschienen, um einmal einen Kommunisten zu hören.

Das Referat des Genossen Standtke über die Not der Landarbeiter und den Zusammenbruch des Landarbeiterstreikes fand den begeisterten Beifall der Versammelten.

Die Versammlung, die auf Wunsch von SPD.-Arbeitern einberufen war, bedeutet einen großen Erfolg für unsere Sache. **Der Ortsgruppenvorsitzende des Landarbeiterverbandes, der die Versammlung leitete, erklärte mit einer Anzahl Kollegen seinen Uebertritt zur KPD.**

Im Schlußwort forderte Genosse Standtke die Landarbeiter auf, der roten Fahne treu zu bleiben und dafür zu sorgen, daß die Bürgerpresse aus den Arbeiterwohnungen verschwindet.

Althain-Dittersbach.

Die erste Mitgliederversammlung. Die hier in Geislers Gasthof stattgefundene erste Mitglieder-Versammlung wurde vom Genossen Reinhold-Dittersbach eröffnet. Durch einige Freiheitslieder wurde die Versammlung eingeleitet. Dann gab Genosse R. die Tagesordnung bekannt und Genosse Hannich von den Fürstensteiner Gruben erhielt das Wort zu einem Referat. Kurz und sachlich sprach Genosse H. über politische und gewerkschaftliche Angelegenheiten. Nach dem Referat wurde zur Wahl der Ortsgruppenleitung geschritten. Als 1. Vorsitzender wurde gewählt Genosse R. G., als Kassierer O. G., als Schriftführer P. J. Nachdem erfolgte freie Aussprache unter reger Beteiligung aller Genossen. Mit der Aufnahme von fünf neuen Genossen wurde die Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die 3. Internationale geschlossen.

Cosel.

Kreiskonferenz. Am Sonntag, den 1. Juli, fand in Cosel O.-S. eine Mitglieder-Konferenz für den Kreis Cosel statt. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte: 1. Die Aufgaben der Kommunisten in Betrieb und Gewerkschaft. 2. Verschiedenes. Ueber den ersten Punkt sprach Genosse Behr (Gleiwitz). In seinem fast zweistündigen Referat legte er den zahlreich erschienenen Genossen hauptsächlich ihr Verhalten im Betrieb und in den Gewerkschaften klar. An das Referat schloß sich eine lebhafte Diskussion, in welcher verschiedene Parteifragen erörtert wurden. Unter Punkt Verschiedenes wurde nochmals über den verflossenen Streik diskutiert. Am Schluß der Sitzung wurden einige neue Mitglieder in die Partei aufgenommen und für ungefähr 20 000 Mark Literatur umgesetzt.

Ziegenhals.

Gegen die Stadtklatschpresse. Die Ziegenhalser Stadtblatt und ebenso Ziegenhalser Anzeiger sind ein paar farblose Wurst- oder Käseblättchen, welche aber noch sehr viel von proletarischen Arbeitern unterschätzt werden. Da diese Blättchen wöchentlich nur 3 resp. 4mal erscheinen, so sind sie dementsprechend ja auch billiger als eine proletarische Zeitung, welche täglich erscheint und die Interessen der Arbeiter voll und ganz vertritt. Die beiden Stadtklatschblätter unseres Ortes vertreten dagegen nur bürgerliche Vereinsmeierei und kirchlichen Humbug. Kürzlich ging ein Genosse von der KPD. zur Geschäftsstelle des Blattes und wollte ein „Eingesandt" über einen seinen Hauswirt verdächtigend haben. Man nahm dies in beiden Geschäftsstellen und Druckereien auch an und nach ca. 14 Tagen, als man sich erkundigt hatte, daß der Einsender ein Kommunist war, gab man das „Eingesandt" in brüllendem Tone mit der Bemerkung zurück: **„Von Kommunisten und Spartakisten werden solche Artikel nicht veröffentlicht!"** Bemerkt sei noch, der Geschäftsinhaber, Drucker und Verleger, H. Kirchner, vom Ziegenhalser Anzeiger, besitzt noch nebenbei ein Kinolichtspiel-Theater, welches besonders von jüngeren Proleten sehr viel besucht wird. Da frägt Herr Kirchner nichts darnach, ob das Entreegeld von Sozialisten oder Kommunisten ist. Wenn diese Proleten etwas tiefblickender wären und würden sich in der jetzigen schweren Zeit für dieses doch nur weggeworfene Geld etwas nützlicheres kaufen oder dafür aufklärende Arbeiterlektüre lesen, so hätte Herr Kirchner seinen Kinoraum nur zum vierten Teil besetzt und manchem Arbeiter wäre ohne diese Kinoduselei besser geholfen. Nun, arbeitende Bevölkerung von Ziegenhals, hier merkt ihr doch wieder, daß die bürgerlichen Stadt- und Klatschblätter zwar euer sauer verdientes Geld abnehmen, aber vollkommen versagen, wenn sie eure Interessen vertreten sollen. Darum werft die arbeiterfeindlichen Lokalblätter aus dem Hause und abonniert die **„Schlesische Arbeiter-Zeitung".**

Betrieb & Gewerkschaft

Die Organisierung unserer Gewerkschaftsarbeit

I.

Die rasende fortschreitende Teuerung, die mit jedem Steigen des Dollars verbundene Senkung des Reallohnes, die im Gefolge hat die Verminderung der Kaufkraft, die Angriffe der Schwerindustrie auf die letzten kümmerlichen Rechte der Arbeiterschaft, sowie die Gefahr des Faszismus: all diese zusammenhängenden Angriffe rütteln auch den letzten indifferenten Arbeiter wach.

Ueberall, wo Arbeiter zusammenkommen, sei es im Betrieb, sei es in den Gewerkschaftsversammlungen, macht sich eine starke Erbitterung und Unzufriedenheit mit der bisherigen Taktik der Gewerkschaftsinstanzen bemerkbar. Wo unsere Genossen den Bruch mit der arbeitsgemeinschaftlichen Politik verlangen, um an deren Stelle zu setzen den rücksichtslosen Klassenkampf, finden wir die volle Zustimmung der übergroßen Anzahl der Arbeiter.

Leider verstehen die Genossen in den gewerkschaftlichen Organisationen zu einem großen Teile nicht, diese für sie günstige Stimmung auszuwerten. Es muß deshalb immer wieder darauf hingewiesen werden, daß es die Pflicht eines jeden Kommunisten ist, sich die von der Gegenpartei gefaßten Beschlüsse, in bezug auf unsere gewerkschaftlichen Aufgaben zu eigen zu machen, damit er in der Lage ist, auf Grund dieser Beschlüsse auch wirklich revolutionäre Arbeit in den Gewerkschaften zu leisten. Der Zusammenschluß unserer Genossen zu Fraktionen innerhalb aller Gewerkschaften und Unionen ist eine unbedingte Notwendigkeit, die leider von vielen Genossen noch nicht in genügendem Maße gewürdigt wird. Daß lange nicht alle Kommunisten innerhalb der Gewerkschaften von den gewerkschaftlichen Fraktionen erfaßt sind, ist der beste Beweis dafür.

Die im Anschluß an den Leipziger Parteitag stattgefundene Gewerkschaftskonferenz sowie der Mitte Mai tagende Zentralausschuß haben beschlossen, die **Parteimitglieder nach ihrer gewerkschaftlichen Zugehörigkeit zu registrieren,** damit die Gewähr gegeben ist, daß **sämtliche** Kommunisten im Sinne einer Revolutionierung der Gewerkschaften — was sich nur zum besten der gesamten Arbeiterbewegung auswirken muß — erfaßt werden und arbeiten.

Aus diesem Grunde ist es eine unbedingte Notwendigkeit, daß die Registrierung der Parteimitglieder nach ihrer gewerkschaftlichen Zugehörigkeit im Sinne der Richtlinien der Zentrale, Abteilung Gewerkschaften, durchgeführt wird. Wir verkennen nicht die Schwierigkeit dieser Arbeit, aber wenn sich ein jeder tätige Genosse in den Dienst dieser Sache stellt, dann wird unsere Arbeit reiche Früchte tragen, denn es dürfte jedem einleuchten, daß, wenn man eine Uebersicht über die in jedem Verband und in jeder Zahlstelle vorhandenen Kräfte hat, dieselben ganz anders zum Kampfe gegen den für die gesamte Arbeiterschaft verderblichen Reformismus eingesetzt werden können, als wenn die ganze Arbeit auf den Schultern einzelner Genossen lastet, während ein großer Teil noch nicht erfaßt ist.

In allen Ortsgruppen und Bezirken kann es jetzt nur eins geben:

Schleunige Durchführung der Registrierung!

Streiks und Lohnbewegungen im Reich

Für Friedensreallöhne

Die Kommission der Berliner Baudelegierten wendet sich in einem Aufruf an die Arbeiter der Industriegruppe Bau und fordert zur Bildung einer Kampfgemeinschaft im Baugewerbe auf, zur Erringung des Friedensreallohnes.

Varel-Oldenburg. Der Streik auf dem hiesigen Eisenwerk wird trotz der Verschleppungstaktik der Gewerkschafts-Führer entschlossen weitergeführt.

Der Metallarbeiter-Streik in Rostock geht weiter, da die Unternehmer sich dem gefällten Schiedsspruch nicht unterwerfen.

Die Straßenbahner Düsseldorfs drohen infolge des brutalen Vorgehens der Direktion in einer Resolution mit einem neuen Streik.

Der Streik der Leipziger Metallschleifer. Die Metallschleifer der Fahrradfabrik Bauer u. Müller sind in den Streik getreten, weil die Unternehmer einen Lohnabzug vornehmen wollen.

Die christlichen Gewerkschaftsführer spielten den Judas, indem sie ihre Mitglieder zur Arbeitsaufnahme überredeten. Die Mitglieder des DMV. verharren im Streik, um den Lohnabbau abzuwehren.

Ein Vertrauensvotum

Am 27. Juni fand eine Mitgliederversammlung der Zahlstelle Schomberg des Bergarbeiterverbandes statt, in welcher Kamerad Piecha einen stundenlangen Vortrag hielt. Er redete über alles mögliche, über die wirtschaftliche Lage aber klärte er die Versammlung wenig auf. Nach kurzer Debatte wurde vom Vorsitzenden eine Entschließung eingebracht. Dieselbe war so raffiniert aufgestellt, weil die Bonzen die Arbeiter damit übers Ohr hauen wollten. Mitten zwischen Angriffen auf die eigenen Funktionäre und dem Vertrauensvotum für die Bonzen hatte man die Lohnfrage gestellt. Dadurch rieb sich auch ein großer Teil, tatsächlich reaktionär, seine eigenen Kollegen wegen ihrer Haltung im Kampf zu verurteilen.

Ein Genosse forderte getrennte Abstimmung. Aber auch die wurde mit aller Demagogie unterdrückt. Piecha erklärte zum Beispiel bei dieser Gelegenheit, gegen den Genossen wäre das Ausschlußverfahren eingeleitet. Er habe daher in der Versammlung des BAV. nichts zu melden.

Das „Volksblatt" jubelt, daß den Bonzen dieser Streich gelungen ist. Wie sah nun die gewaltige Mehrheit und die gut besuchte Versammlung aus, wovon das „Volksblatt" schreibt? Noch im Mai hatte die Zahlstelle Schomberg des BAV. zirka 180 Mitglieder. In der Versammlung waren aber nur 24 anwesend. Von diesen 24 stimmten ganze 15 Mann für die Resolution und 9 dagegen. Wo ist da eine große Majorität? Haben die Bonzen die Zahlstelle schon soweit heruntergewirtschaftet, daß es nur noch 24 Verbandsmitglieder in der Zahlstelle Schomberg gibt? Zuzutrauen wäre es diesen schon. Die Bergarbeiter aber sollten nicht so untätig zusehen, wie ihnen ihre Organisation zerschlagen wird. Jagt diese Verräter zum Teufel.

Lohnerfolge in der Tafelglasindustrie

Für die Tafelglasarbeiter fanden in diesen Tagen Lohnverhandlungen für die erste Hälfte des Monats Juli statt. Dabei konnte für die Glasmacher ein Akkord-Mindestrichtlohn mit 718 250 Mark vereinbart werden. Dazu kommen die in der Branche übliche freie Wohnung, Heizung und Licht. Dieses Abkommen geschah auf dem Verhandlungswege, ohne Streik.

Durch dieses Abkommen geben die Kapitalisten zu, daß sie eine der Teuerung entsprechende Lohnerhöhung geben können. Ebenso wird der Indexschwindel entlarvt, der für die Proleten extra fabriziert wird, um sie abzuhalten, sich eine ausreichende Lohnerhöhung zu erkämpfen. Was den Arbeitern in der Glasindustrie möglich ist, ist auch zu erreichen von dem Proletariat anderer Berufe. Es wird durch den engen Zusammenschluß und durch seinen Kampfeswillen den Widerstand der Bürokraten zerbrechen müssen. Daß ein Erfolg erzielt werden kann, zeigt obiges Lohnabkommen deutlich.

Verantwortlich für den gesamten redaktionellen Teil: Artur Dombrowski, für den Inseratenteil: Max Schochow. Rotationsdruck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien e. G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Versammlungs-Kalender.

Jede Zeile einer Seite kostet 150 Mark.

KPD

Bezirksleitung: Hilpert, Reiße-Breslau, Trebnitzerstr. 50. Tel. Ring 6537. Oberpräsidium: Alfr. Geßner, Breslau, Trebnitzerstr. 50.

Alle Zellenkassierer werden ersucht, öfters in die Expedition zu kommen, zwecks Eintragung der Neuabonnenten. Alle Abonnenten müssen nach Möglichkeit jede Woche kassiert werden.

Breslau. Sonntag, den 8. Juli, vorm. 10 Uhr spricht im großen Saale des Schlachthofes Genosse Hollek.

— **Distrikt 9.** Sonnabend, den 7. Juli, abends 7 Uhr, Gabitzstraße 15, außerordentliche Distriktversammlung, zu der jeder Genosse (in) pünktlich erscheinen muß. Kein Ausnahme.

Gottesberg. Sonntag, den 8. Juli, abends 5 Uhr, in der „Guten Laune", Ober-Freisdorf, Funktionärsitzung. Erscheinen aller Funktionäre ist Pflicht. — Abends 7 Uhr Filmvorführung bei Hoffe. Sorgt für Massenbesuch.

Achtung! Ortsgruppen des Kreises Waldenburg. Am 9. Juli, nachmittags 5 Uhr, im Goldenen Schwert, Waldenburg, öffentliche KPD.-Versammlung, in welcher Genosse Höllein spricht. Die Ortsgruppen nehmen geschlossen daran teil. Die oberen Ortsgruppen treffen sich um 4,15 Uhr an der Brücke am Seitenbach, Gelbhübnergrenze, die unteren Ortsgruppen um 5,15 Uhr am Sonnenplatz. Fahnen sind mitzubringen.

KJD

Bezirksleitung: Max Glüser, Breslau, Nikolaistraße 29/30. Postscheck-Konto: Breslau 67595 Max Glüser.

Zobten am Berge. Donnerstag, den 12. Juli, Vortrag über die politische Lage, vom Genossen Bednarz.

Feldbrunnen. Freitag, 13. Juli, Monatsversammlung mit einem Vortrag des Genossen Lebuhn über Eroberung oder Zertrümmerung der Gewerkschaften. Parteigenossen sind eingeladen.

Freiburg. Sonntag, den 8. Juli, Ausflug mit der KJD. nach Zeisdorf. Treffpunkt Ablerblicke.

Montag, den 9. Juli, Besichtigung des Russlandfilms.

Gottesberg. Sonntag, den 8. Juli, Besichtigung des Russlandfilms.

— Dienstag, den 10. Juli, Vortrag des Genossen Ullrich über „Entstehung und Entwicklung des Menschen."

Landeshut. Sonntag, den 8. Juli, Tageswanderung nach den Friedenssteinen.

— Mittwoch, den 11. Juli, Arbeitsgemeinschaft über die Alkoholfrage des Kapitals.

Lehmgrube. Sonntag, den 8. Juli, vorm. 10 Uhr, bei Hennig-Wenzel, Monatsversammlung. Gen. Pfeiffer spricht über die politische Lage.

Waldenburg. Sonntag, den 8. Juli, nachm. 2 Uhr, im Reitschen Nichelle, Generalversammlung der KJ. Tagesordnung: Bericht der Ortsleitung. Mitgliedsbuch mitbringen. Die Genossen von Stridtungen müssen ebenfalls vertreten sein.

Schömberg. Donnerstag, den 12. Juli, im „Deutschen Kaiser", Vortrag über Tagesfragen und Gewerkschaft.

Zedlitzheim. Sonntag, den 8. Juli Tagestour nach Jeberau. Näheres im Heim.

— Montag, den 9. Juli, Teilnahme an der KPD.-Versammlung. Treffpunkt 5,15 Uhr am Sonnenplatz.

— Mittwoch, den 11. Juli, Vortrag des Genossen Jeschke über „Weltrevolution" (in der Realschule).

Gewerkschaften

Breslau. **Linke-Hofmann-Fraktion.** Sonnabend, 7. Juli, abends 7 Uhr, Zusammenkunft bei Zanke, Breitestraße 82. Das Erscheinen aller Genossen ist unbedingt notwendig.

— **Fraktion der Reichsbahner.** Sämtliche oppositionellen Reichsbahner haben sich am Sonntag, nach der KPD.-Versammlung im „Schlesischen", zu einer langen und wichtigen Besprechung im Nebenzimmer eingefunden.

— **Gemeindearbeiter.** Dienstag, den 10. Juli, nachmittag 5 Uhr, im Versammlungsraum der Produktiv-Genossenschaft, Nikolaistr., Fraktionssitzung. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

— **Kommunistische Transportarbeiter.** Dienstag, den 10. Juli, abends 7 Uhr, im Parteibüro, Nikolaistraße sehr wichtige Sitzung. Es handelt sich um Lohnfragen. Jeder muß erscheinen.

Waldenburg. Sonntag, den 8. Juli, nachmittags 2 Uhr findet im goldenen Stern zu Waldenburg, Gottesbergerstraße 7 die Bezirksfraktionssitzung der Bergarbeiter statt. Alle Fraktions-Vorsitzende müssen ihre alte Kampfsonds-Marken, soweit sie noch nicht abgerechnet haben, mitbringen, sowie auch die neuen für Juni zur Abrechnung. Pünktliches Erscheinen ist als Pflicht zu betrachten.

Andere Organisationen

Breslau. **Freie Religionsgemeinde,** Gräbschnerstraße 14-16. Sonntag, den 8. Juli, vorm. 9,30 Uhr, Erbauungsstunde. Sprecher: R. Dittrich. Thema: „Der Einfluß der Kirche auf das Leben im Staat."

— Mittwoch, den 11. Juli, abends 7,30 Uhr, Ausschußsitzung.

Kleiner-Riesenwasser. **Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 8. Juli, Familienausflug nach Krebsadorf zum Weißsteinbad. Abmarsch 1 Uhr vom „Eisernen Kreuz".

Langenbielau. **Freie Religionsgemeinde.** Freitag, den 13. Juli, abends 8 Uhr, in Ditters Saal, große öffentliche Volksversammlung für Männer u. Frauen. Thema: „Warum hat die Kirche kein Verständnis für die Not der Armen." Referent Lehrer Faulhaber, Freiburg. Alle Konfessionen sind eingeladen, besonders diejenigen, welche aus der Kirche ausgeschieden sind. Zur Deckung der Unkosten werden 100 Mark Eintritt erhoben.

Peterswaldau. **Freie Religionsgemeinde.** Donnerstag, den 12. Juli, abends 8 Uhr, bei Petrusch, große öffentliche Volksversammlung für Männer und Frauen. Thema: „Kirchenaustritt, Trauung und Arbeiterelend." Referent ist Genosse Schmidt, Niederlich-Siegnitz. Alle Konfessionen sind eingeladen, besonders diejenigen, welche aus der Kirche ausgeschieden sind. Zur Deckung der Unkosten werden 100 Mark Eintritt erhoben.

Gas, Wasser und elektrischer Strom.

Um die Selbstkosten zu decken und um die durch verspätete Zahlung entstehenden Verluste zum Teil auszugleichen, sind wir gezwungen, die Gebühren für die Einziehung rückständiger Rechnungsbeträge zu erhöhen. Es werden mit sofortiger Wirkung bei allen zurzeit rückständigen Beträgen bis zu 25 000 Mk. einschließlich 500 Mk. für höhere Beträge 2 v. H. des Schuldbetrages als Mahngebühr und außerdem werden je nach Lage des Falles bei Verzögerung von Zahlungen über die gestellte Frist hinaus Verzugszinsen erhoben. Wir empfehlen nochmals die bargeldlose Ueberweisung von Schuldbeträgen an die Kasse der städtischen Betriebswerke.

Städtische Betriebsdeputation.

Sonntag, den 8. Juli
nachm. 2 Uhr, im „Goldenen Stern"
Waldenburg, Gottesberger Straße 7

Bergarbeiter-Konferenz

Wichtige Tagesordnung.

Daher haben zu erscheinen: Alle aus dem Bezirk Waldenburg, die Fraktionsvorsitzenden sowie die komm. Zahlstellenleiter. Pünktliches Erscheinen erwünscht.

Der Bezirks-Fraktions-Vorsitzende.

Eine zuverlässige
Bezugsquelle
ist der
„Warenhandel"
Spezialhaus
für feines und gediegenes
Schuhwerk
Gneisenaustrasse 4
Straßenbahnlinien 7, 8, 10 und 11.

„Ein Tag im Reiche Poseidons"
Sonntag, den 8. Juli, nachm. 4 Uhr
Schwimmsport / Freiübungen / Leichtathletik
Konzert der Straßenbahnerkapelle / Kinderbelustigungen / Kasperle-Theater
Fackelreigen / Feuerwerk
Poseidonvolksbad / Breslau-Wilhelmsruh
Eintrittspreis: Erwachsene 2000.— Mk., Kinder 500.— Mk.
Vorverkauf im Gewerkschaftshaus und den Vorwärtsläden

Kaufe
Gold- Silber-
Platin-Bruch
Zahngebisse
Uhren
zu höchsten Tagespreisen
E. Beyer
Blücherstraße 15

Aluminium-
Zinngeschirr
sowie sämtliche
Metalle und Eisen
kauft
M. Barisch / Oderstrasse 17.
Achtung auf Haus-Nummer.

KAUFHAUS
W. LESCHZINER
Nikolaistraße 22 GLEIWITZ OS. Nikolaistraße 22
Allergrößtes Geschäfts-Haus für
MANUFAKTUREN
Spezial-Abteilung: Herrenkonfektion
Schuhwaren, Wäsche.

Achtung! Stimmung!
Sonntag, 8. Juli, v. 4½–7 Uhr
im großen Saale des Gewerkschaftshauses
Gr. Familienvorstellung
bei kleinen Eintritts-Preisen. / Nachdem:
Artisten-Kränzchen
Ia Musik / Ohne Unterbrechung. / Musik Ia
Kommt in Scharen
Kassenöffnung 4 Uhr.
Lanne! Humor!

Genosse. Genossin.
Werbe neue Leser!